



Landratsamt  
Biberach

Landratsamt Biberach [1210] · Postfach 16 62 · 88396 Biberach

Bürgermeisteramt Burgrieden  
Rathausplatz 2  
88483 Burgrieden

#### Wasserwirtschaftsamt

#### Fachbereich Recht

Sachbearbeiter: Herr Hauser  
Telefon: +49 7351 52-6229  
Telefax: +49 7351 52-5229  
E-Mail: franz.hauser@biberach.de  
Zimmer-Nr.: 4.40  
Aktenzeichen: 34-691.17-Hr/Gr  
Sprechzeiten: nach Vereinbarung  
Datum: 14.11.2018

Ihr Antrag vom 20.03.2018, ergänzt mit Schreiben des Ingenieurbüros ES tief-  
bauplanung vom 20.06.2018 und 10.07.2018

#### **Erstellung eines Dammes mit Hochwasserentlastungsanlage und Ablauf- schacht am Hochstetter Graben zwischen Flurstück 155 Flur Hochstetten, Gemarkung Burgrieden und der K 7518 Laupheimer Straße mit naturnaher Umgestaltung des Hochstetter Grabens**

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,

- I. auf Ihren Antrag vom 20.03.2018 erteilt das Landratsamt gem. § 68 Absatz 1  
i. V. m. § 67 Abs. 1 Sätze 1 und 3 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) die

#### **wasserrechtliche Planfeststellung**

1. zum Bau und Betrieb eines Dammbauwerks mit Abflussdrosselung in  
den verdolten Hochstetter Graben mit überströmbare Hochwasserentlas-  
tungsanlage und
2. zur Verlegung und naturnahen Gestaltung des Hochstetter Grabens im  
Bereich des Hochwasserrückhaltebeckens

zum Schutz des Teilorts Burgrieden vor Überschwemmungen durch das Ge-  
wässer „Hochstetter Graben“. Durch den Damm und durch einen Bodenaus-  
hub entsteht ein Becken mit einem maximalen Rückhaltevolumen von  
12.500 m<sup>3</sup>. Dieses Becken soll eine statistische Hochwassersicherheit bis zu  
einem 1.000-jährlichen Hochwasserereignis bieten.

Ein Teil des Hochwasserrückhaltebeckens wird durch einen kleinen Damm  
(Höhe 514,80 m ü. NN) als Retentionsraum (ca. 400 m<sup>3</sup>) abgegrenzt. Die  
Teilfläche wird drainiert und dient zur Retention für kleinere Regenereignisse  
im geplanten Baugebiet „Gassenberg“.

Öffnungszeiten:  
Mo 08.00 - 12.00 und 14.00 - 15.30 Uhr  
Di u. Fr 08.00 - 12.00 Uhr  
Mi 08.00 - 17.00 Uhr durchgehend  
Do 08.00 - 14.00 Uhr durchgehend

Informationen und Kontakt:  
www.biberach.de  
poststelle@biberach.de  
Zentrale 07351/52-0  
Fax 07351/52 53 50

Hausanschrift:  
Landratsamt Biberach  
Rollinstraße 9  
88400 Biberach

Bankverbindung:  
Kreissparkasse Biberach  
BLZ 654 500 70 Kto-Nr. 6303  
IBAN DE55 65450070 0000 006303/  
BIC SBCRDE66

Die Baumaßnahmen finden auf den Flurstücken 155, 159, 160, 161, 164, 165, 222, 223, 227 und 246, jeweils Flur 2 Hochstetten, Gemarkung und Gemeinde Burgrieden statt.

Das Hochwasserrückhaltebecken wird gemäß DIN 19700 als ein „sehr kleines Becken“ eingestuft.

### **Kenngrößen**

Einzugsgebiet	0,70 km²	
max. Drosselabfluss	0,45 m³/s	
max. Stauvolumen	12.300 m³	
Staufläche	7.000 m²	
HQ <sub>100</sub> ≈	2.10 m³/s	
HQ <sub>200</sub>	2,45 m³/s	
HQ <sub>1000</sub>	Speicherinhaltslinie extrapoliert	
ungesteuertes Hochwasserrückhaltebecken		
DN 500 vorhanden - wird auf DN 400 gedrosselt		
Dammhöhe (gegenüber anstehendem Gelände)	ca. 2,00 m	
Höhe des Absperrbauwerks	2,90 m	
Breite der Dammscharte (HW-Entlastungsanlage)	6,00 m	
Freibord f <sub>2</sub>	0,50 m	
Dammschwellenkante	517,00 m ü. NN	
OK Hochwasserentlastung (Dammscharte)	516,50 m ü. NN	
Erstentlastung, Mönch bei HQ <sub>100</sub>	516,10 m ü. NN	
Sohle Betriebsauslass, DN 800	514,11 m ü. NN	
BHQ <sub>1(200 Jahre)</sub> 2,45 m³/s	Z <sub>H1</sub> 516,20 m ü. NN (f <sub>1</sub> = 0,80 m)	Beckenvolumen V <sub>(200)</sub> = 10.000 m³
BHQ <sub>2(1000 Jahre)</sub> - m³/s	Z <sub>H2</sub> 516,50 m ü. NN (f <sub>2</sub> = 0,5 m)	Beckenvolumen V <sub>(1000)</sub> = 12.500 m³
BHQ <sub>3(1000 Jahre)</sub> - m³/s	Z <sub>H3</sub> 516,50 m ü. NN	Beckenvolumen V <sub>(1000)</sub> = 12.500 m³

Die Bemessung des gewöhnlichen Hochwasserrückhalterums (BHQ<sub>3</sub>) wurde auf Antrag der Gemeinde Burgrieden entgegen der DIN Vorgabe vom 100-jährlichen auf das 1.000-jährliche Hochwasserereignis erhöht.

### **II. Gebührenfestsetzung:**

Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei.

### **III. Die Anlagen sind entsprechend den nachstehenden, mit Genehmigungsvermerk versehenen Antragsunterlagen zu errichten und zu betreiben, sofern in dieser Entscheidung nichts anderes bestimmt ist:**

Die Planung von ES tiefbauplanung, Mittelbiberach, vom 15.03.2018, zuletzt ergänzt am 10.07.2018 mit:

1. Erläuterungsbericht
2. Kostenberechnung
3. Übersichtslageplan
4. Einzugsgebietsplan
5. Lageplan M 1:500
6. Beckenschnitte M 1:500
7. Ablaufbauwerk M 1:25
8. Regelquerschnitte Becken M 1:25/50
9. Grundriss und Schnitte HWE M 1:50
10. Regelquerschnitt Wirtschaftsweg M 1:25
11. Gemeindeblatt Burgrieden, Beteiligung der Öffentlichkeit
12. Artenschutzrechtliche Einschätzung
13. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung
14. Allgemeine Vorprüfung nach UVPG
15. Grunderwerb-Eigentümerliste
16. Datenblatt
17. Ganglinien
18. Speicherinhaltslinie
19. Zufluss-Abfluss-Diagramm
20. DWD-Modellregen (3 Seiten)
21. Statistische Auswertung
22. Ermittlung BHQ

IV. Diese Entscheidung ergeht unter folgenden Nebenbestimmungen:

#### **Hochwasserrückhaltebecken/ Dammbau**

1. Die Unterhaltung des Beckens im Einstaubereich ist sicherzustellen. Um Verklausungen im Schachtbauwerk zu verhindern, ist das Erntegut dort unverzüglich zu entfernen.
2. Das Einlaufbauwerk ist mindestens alle 3 Monate und nach Starkregeneignissen augenscheinlich zu überprüfen.
3. Ebenfalls ist die Unterhaltung des Dammes sicherzustellen. Gehölze sind auf Staudämmen verboten. Aufkommende Gehölze sind frühzeitig zu entfernen.
4. Im Staubereich ist ein Lattenpegel anzubringen. Es wird empfohlen, diesen mit einer Skala des Höhensystems DHHN16 zu versehen und auf das Höhensystem einzumessen.

5. Für das Rückhaltebecken ist eine Betriebsvorschrift zu erstellen. Diese muss mit Fertigstellung der Stauanlage vorliegen.
6. Folgende Teile müssen in der Betriebsvorschrift enthalten sein:
  - a) Hochwassermelde- und Alarmplan mit Anschriften und Fernsprechverzeichnis
  - b) Dienstanweisung für das Betriebspersonal
  - c) Wartungs- und Installationsanweisungen
7. Für das Hochwasserrückhaltebecken ist ein Betriebsbeauftragter zu bestellen, der nach Fertigstellung der Maßnahme namentlich dem Wasserwirtschaftsamt zu melden ist.
8. Der Betriebsbeauftragte ist für die Betriebssicherheit des Rückhaltebeckens verantwortlich.
9. Der Betriebsbeauftragte hat in einem 3-jährigen Turnus und nach einem außergewöhnlichen Ereignis einen Sicherheitsbericht zu erstellen. Die Betriebsüberwachung darf auf visuelle Kontrollen reduziert werden. Bei der visuellen Kontrolle ist insbesondere auf die Sicherheit der Hochwasserentlastungsanlage zu achten. Der Sicherheitsbericht ist dem Wasserwirtschaftsamt alle 5 Jahre vorzulegen. Im Sicherheitsbericht ist der Zustand der Hochwasserentlastungsanlage zu beschreiben.
10. Das Beckenbuch ist dem Wasserwirtschaftsamt spätestens 1 Jahr nach der Fertigstellung des Hochwasserrückhaltebeckens vorzulegen.
11. Die Neigung des luftseitigen Dammes im nördlichen Bereich ist, so weit es die Grundstücksverhältnisse erlauben, auf 1:3 abzuflachen (siehe Grüneintragung, siehe Lageplan 5).
12. Die Hochwasserentlastungsanlage ist so auszubilden, dass bei Überströmen der Dammscharte das Hochwasser weitgehend schadlos auf der Laupheimer Straße abfließen kann. Der Antragsteller hat zu prüfen, welche Schäden beim Abfluss über die Laupheimer Straße auftreten können. Sofern diese als wesentlich eingestuft werden, sind die kritischen Stellen in den Hochwasseralarmplan aufzunehmen.
13. Das bei der Erstellung des Hochwasserrückhaltebeckens gewonnene Aushubmaterial darf nicht im Gewässerrandstreifen und nicht im Überschwemmungsgebiet ausgebracht werden. Der Verbleib des Aushubmaterials ist dem Wasserwirtschaftsamt schriftlich nachzuweisen.

### **Gewässerausbau/Ökologie**

14. Das Gewässer ist naturnah und variantenreich bzw. vielgestaltig in Bezug auf seine Sohlbreite und Böschungsneigungen herzustellen, Steine zur Böschungsfußsicherung sind sparsamst zu verwenden und müssen dem Gewässer angepasst sein.
15. Die Sohlbreite des neuen Hochstetter Grabens ist auf ca. 60 cm zu reduzieren (siehe Grüneintragung, Plan 8).
16. In das neue Gewässerbett ist vor der Beschickung Sohlsubstrat des ehemaligen Gewässerbettes einzubringen, so dass eine möglichst

schnelle Besiedlung der Gewässersohle durch Wasserkleinlebewesen wieder stattfindet.

17. Das neue Gewässerbett ist ca. alle 10 m wechselseitig mit Störsteinen aus Nagelfluh zu versehen. Die Störsteine sollten einen spezifischen Durchmesser von ca. 40 cm vorweisen.
18. Der Retentionsdamm innerhalb des Hochwasserrückhaltebeckens am neuen Hochstetter Graben ist auf die Höhe von 514,80 m ü. NN zu reduzieren (siehe Grüneintragung, Plan 8).
19. Die Maßnahme ist so durchzuführen, dass vermeidbare Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft unterlassen werden und die Eingriffe auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.

#### **Sonstiges**

20. Die Baumaßnahme ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik und der Baukunst auszuführen; hierbei sind die einschlägigen DIN-Vorschriften, insbesondere DIN 19700 Teil 10 und Teil 12 zu beachten (sehr kleine Becken).
21. Der Beginn der Ausführung und die Fertigstellung der Maßnahme ist dem Wasserwirtschaftsamt anzuzeigen. Nach der Fertigstellung ist beim Wasserwirtschaftsamt die Abnahme zu beantragen.
22. Vor Beginn der Arbeiten hat sich der Antragsteller zu erkundigen, ob im Bereich der Baumaßnahme Fernmeldeeinrichtungen, Stromkabel, Ver- und Entsorgungskabel oder ähnliches verlegt sind. Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, um die Beschädigung von Leitungen etc. zu vermeiden.
23. Das Lagern von Kraftstoffen, Ölen, Schmiermitteln und sonstigen wassergefährdenden Stoffen am Gewässer ist verboten.

#### **V. Hinweise:**

1. Der Einstaubereich wird kraft Gesetzes bis zur hundertjährigen Einstauhöhe = 516,10 m ü. NN zum Überschwemmungsgebiet gem. § 76 WHG. Es gelten insbesondere die Schutzvorschriften der §§ 78 und 78a WHG.
2. Bei der Ausführung des Vorhabens sind die Beteiligten (Bauherr, Bauleiter und Unternehmer) im Rahmen ihres Wirkungskreises dafür verantwortlich, dass die öffentlich rechtlichen Vorschriften, insbesondere das Wasserhaushaltsgesetz (WHG), das Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG), das Bundesnaturschutzgesetz, das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg und die Landesbauordnung (LBO) und die Vorschriften, Richtlinien und Sicherheitsregeln der gesetzlichen Unfallversicherungen eingehalten werden.
3. Abweichungen von den wasserrechtlich zugelassenen Planunterlagen oder nachträgliche Änderungen der Anlage bedürfen stets und rechtzeitig der Mitwirkung der zuständigen Wasserbehörde. Wesentliche Abweichungen bedürfen eines neuen Verfahrens.

## **VI. Begründung:**

Die Errichtung des Hochwasserdamms und die Gewässerumgestaltung bedarf einer wasserrechtlichen Zulassung gem. § 68 i. V. m. § 67 Abs. 2 S: 1 und 3 WHG. Auf Antrag der Gemeinde wurde ein Planfeststellungsverfahren gem. § 68 Abs. 1 WHG durchgeführt. Eine wasserrechtliche Erlaubnis für das Aufstauen ist nicht erforderlich, da nach § 9 Abs. 3 WHG Maßnahmen, die dem Ausbau eines Gewässers im Sinne des § 67 Absatz 2 dienen, keine Benutzungen sind. <sup>3</sup>Deich- und Dammbauten, die den Hochwasserabfluss beeinflussen, stehen gem. § 67 Abs. 2 WHG dem Gewässerausbau gleich.

Bei dem planfeststellungsbedürftigen Vorhaben soll gem. § 2 Abs. 1 des Umweltverwaltungsgesetzes (UVwG) eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt werden. Die Planungsabsichten wurden von der Gemeinde Burgrieden im Oktober 2017 auf ihrer Homepage veröffentlicht. Darauf wurde auch im Mitteilungsblatt hingewiesen. Den Bürgern wurde auch die Möglichkeit eröffnet, sich zu dieser Planung zu äußern. Äußerungen gingen bei der Gemeinde nicht ein. Damit wurde den Anforderungen des § 2 Abs. 1 UVwG ausreichend Rechnung getragen.

Der Plan darf nur festgestellt werden, wenn nach § 68 Abs. 3 WHG eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist und andere Anforderungen nach den öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt sind.

Ist zu erwarten, dass die Maßnahmen auf das Recht eines Dritten nachteilig einwirkt und erhebt dieser Einwendungen, so darf die Planfeststellung gem. § 70 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 WHG nur unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden. Dies gilt gem. § 14 Abs. 4 WHG entsprechend, wenn ein Dritter ohne Beeinträchtigung eines Rechts nachteilige Wirkungen dadurch zu erwarten hat, dass der Wasserabfluss, der Wasserstand oder die Wasserbeschaffenheit verändert, die bisherige Nutzung seines Grundstücks beeinträchtigt, seiner Wassergewinnungsanlage Wasser entzogen oder die ihm obliegende Gewässerunterhaltung erschwert wird.

Das Vorhaben wurde gem. § 73 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Gemeinde Burgrieden bekanntgemacht. Die Planunterlagen lagen bei der Gemeinde Burgrieden vom 14.05.2018 bis 13.06.2018 öffentlich aus. Innerhalb der Einwendungsfrist bis zum 27.06.2018 gingen weder bei der Gemeinde noch beim Landratsamt Einwendungen ein. Auf einen Erörterungstermin wurde daher gem. § 67 Abs. 2 Nrn. 1 und 4 VwVfG verzichtet. Somit steht § 14 Abs. 3 und 4 i. V. m. § 70 Abs. 1 WHG der Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses nicht entgegen.

Die Träger öffentlicher Belange und die anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbände wurden im Verfahren angehört. Die Verbände haben sich nicht geäußert. Die Träger öffentlicher Belange haben dem Vorhaben zugestimmt.

Für das Vorhaben ist gemäß § 7 Abs. 1 UVP in Verbindung mit Anlage 1 Nr. 13.18.1 eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen.

Im Rahmen der Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben hat nach Einschätzung des Landratsamtes aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen, die nach § 25 UVPG zu berücksichtigen wären. Nicht betroffen sind insbesondere Schutzgebiete und die Offenlandbiotope „Quellbereich, Seggenried und Hecke südwestlich Hochstetten“ (Entfernung 80 m), „Hecken und Feldgehölz nördlich Bühl“ (Entfernung 100 m) und „Schilfröhricht und Hochstauden an der Rot, südlich Burghöfe“ (Entfernung 200 m).

Die Maßnahme ist zur Verbesserung des Hochwasserschutzes für den Teilort Burgrieden sinnvoll und notwendig. Sinnvolle Alternativen sind nicht erkennbar.

Eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit gem. § 68 Abs. 3 WHG, insbesondere eine erhebliche und dauerhafte, nicht ausgleichbare Erhöhung der Hochwasserrisiken oder eine Zerstörung natürlicher Rückhalteflächen, vor allem in Auwäldern, ist nicht zu erwarten. Ebenso liegt keine Verletzung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften, insbesondere naturschutzrechtlicher Vorschriften, vor.

Somit kann der Planfeststellungsbeschluss erteilt werden.

Die Gebührenentscheidung beruht auf § 10 Abs. 2 des Landesgebührengesetzes.

## **VII. Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Schubertstraße 11, 68165 Mannheim, Postanschrift Postfach 103264, 68032 Mannheim, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle des Gerichts Klage gegen das Land Baden-Württemberg erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, das beklagte Land (Landratsamt Biberach) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten; auch sollen die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Jürgen Nagler  
Amtsleiter

## **Anlagen**

2 genehmigte Planfertigungen  
1 Empfangsbekenntnis (mit der Bitte um Rückgabe)